



*aktionsplattform  
bodenschutz*

## Allianz für den Boden



**Deutsche Bodenkundliche Gesellschaft**



Ingenieurtechnischer Verband  
für Altlastenmanagement und  
Flächenrecycling e.V. (ITVA)



**Bundesverband  
Boden**

## Forderungen der Aktionsplattform Bodenschutz (ABo) an die künftige Bundesregierung

Berlin, Oktober 2009

Der Boden als immer knapper werdende Ressource hat mit seinen ökologischen Funktionen insbesondere eine zentrale Bedeutung beim Klimawandel als Kohlenstoff- und Wasserspeicher, beim Trinkwasserschutz als Filter für Schadstoffe sowie als Produktionsgrundlage für die Land- und Forstwirtschaft.

Die Aktionsplattform Bodenschutz (ABo) fordert die regierungsbildenden Parteien daher auf, die Themenbereiche „Boden- und Grundwasserschutz“, „Altlastensanierung“ und "Flächenrecycling" in ihren Koalitionsverhandlungen aufzugreifen und die nachfolgend aufgeführten Schwerpunkte im Arbeitsprogramm für die kommende Legislaturperiode zu verankern.

Die Forderungen sind darauf gerichtet,

- übergreifende Anforderungen zur Begrenzung von Schadstoffeinträgen in Böden und Grundwasser zu schaffen,
- die nach wie vor hohe Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr und die damit verbundene Bodenversiegelung deutlich zu reduzieren,
- den Boden wegen seiner besonderen Rolle als Kohlenstoff- und Wasserspeicher stärker in Aktivitäten zu Klimaschutz und Klimaanpassung einzubeziehen sowie
- den Wissenstransfer zum Thema Bodenschutz an die jeweiligen Zielgruppen zu verbessern.

Im Einzelnen fordert die Aktionsplattform Bodenschutz, dass insbesondere die folgenden konkreten Maßnahmen in Angriff genommen werden:

- **Schaffung einheitlicher und konsistenter Vor- und Nachsorgeanforderungen zum Schadstoffübergang vom Boden zum Grundwasser** in den verschiedenen Verordnungen. Dazu ist ein abgestimmtes Konzept zwischen Gewässerschutz, Bodenschutz und Kreislaufwirtschaft notwendig.

Zur Minimierung der Einträge in den Boden ist die Ergänzung der **Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung** (BBodSchV) um einen § 12a zu Verfüllungsmaßnahmen notwendig. Auch die Novellierung der übrigen Regelungen der Bodenschutzverordnung, z.B. zur Ergänzung der Prüfwerte und zur Aktualisierung der Untersuchungsvorgaben, ist dringend notwendig. Ergänzend sind Anforderungen für die Verwertung mineralischer Abfälle in der **Ersatzbaustoffverordnung** zu schaffen.

Diese Regelungen haben bereits langwierige Beratungen hinter sich, sind seit langem überfällig und sollten daher sofort zu Beginn der neuen Legislaturperiode des Bundes wieder aufgegriffen werden.

- **Maßnahmen zur Begrenzung der Flächeninanspruchnahme** zur Erreichung des „30-Hektar-Zieles“ der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung von 2002. Die quantitativen und qualitativen Dimensionen dieses Problems verdeutlichen die Notwendigkeit, Beiträge zu seiner Lösung in verschiedenen Politikbereichen zu erarbeiten. Auf der Grundlage bereits vorliegender Erfahrungen und der Erkenntnisse des BMBF-Forschungsverbundes „REFINA“ müssen Handlungsfelder und Maßnahmenvorschläge entwickelt werden. Dazu gehören insbesondere
  - Flächeninformationen zur Potenzialerschließung von Brachflächen unter Berücksichtigung der Bodenqualität,
  - Stärkung der Instrumente zur Steuerung der Siedlungsentwicklung,
  - Verbesserung der ökonomischen und fiskalischen Rahmenbedingungen,
  - Maßnahmen zur Finanzierung der Altlastensanierung und zur Förderung des Flächenrecyclings, z.B. Entwicklung öffentlich-rechtlicher Finanzierungsmodelle und / oder Einrichtung eines mit öffentlichen Mitteln gespeisten Altlastenfonds zur Finanzierung der Sanierung von Altlasten, die über die Verpflichtung Privater im BBodSchG hinausgeht, für die es aber ein öffentliches Interesse gibt.
- **Berücksichtigung des Bodens bei Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung.** Dazu sollten Erlöse aus dem Emissionshandel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten für die Nutzung des Bodens als Kohlenstoffspeicher und Wasserspeicher sowie für Maßnahmen zum Flächenrecycling bereitgestellt werden.

Diese Forderungen sind als vorrangige Themen anzusehen, um den Schutz des Bodens in der nächsten Legislaturperiode in nationalen Regelungen und Programmen ausreichend zu verankern. Die neue Bundesregierung sollte sich darüber hinaus auch auf europäischer Ebene für eine Stärkung des Bodenschutzes einsetzen.